

Europäische Zahlungssouveränität stärken - Regulierungslücke bei Firmenkarten schließen

Unsere Position auf einen Blick

Der digitale Euro und neue europäische Zahlungslösungen können einen wichtigen Beitrag zur Stärkung von Wettbewerb, europäischer Zahlungssouveränität und Unabhängigkeit im Zahlungsverkehr leisten. METRO unterstützt diese Ziele ausdrücklich.

Damit sie erreicht werden können, müssen aber auch bestehende Fehlentwicklungen im Zahlungsverkehr adressiert werden. Dazu zählt insbesondere die **Regulierungslücke bei Firmenkarten** („Commercial Cards"). Während die Interbankenentgelte für Verbraucherkarten („Consumer Cards") seit 2015 in der EU gedeckelt sind, bleiben Firmenkarten von der Regulierung ausgenommen. Die daraus entstehenden **Mehrkosten von mindestens 4 Mrd. Euro pro Jahr für europäische Handelsunternehmen** schwächen die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und verstärken die Abhängigkeit von außereuropäischen Kartensystemen.

Als Großhändler mit Kunden der sogenannten HoReCa-Branche (Hotels, Restaurants und Caterer) ist METRO von dieser Entwicklung besonders betroffen. Die zunehmende Verbreitung von Firmenkarten erhöht die Zahlungskosten und belastet die ohnehin geringen Margen im Großhandel erheblich.

METRO fordert die Bundesregierung daher auf:

- **sich auf EU-Ebene für die Schließung der Regulierungslücke bei Firmenkarten einzusetzen,**
- **auf die Europäische Kommission hinzuwirken, antikompetitive Praktiken internationaler Kartensysteme umfassender zu untersuchen und zu ahnden,**
- **faire Gebühren bei den geplanten Akzeptanzpflichten konsequenter mitzudenken.**

METRO AG

Metro-Straße 1
40235 Düsseldorf, Germany
P.O. Box 230361
40089 Düsseldorf, Germany

T +49 211 6886-0
www.metroag.de
presse@metro.de
LinkedIn@metro-ag

Supervisory Board: Roman Šilha, Chairman
Management Board: Eric Riegger, Chairman
Guillaume Deruyter, Christiane Giesen

Commercial register
of the Düsseldorf
Local Court
HRB 79055

Warum Handlungsbedarf besteht

Der digitale Euro und andere europäische Zahlungslösungen können zu mehr Wettbewerb, mehr europäischer Zahlungssouveränität und geringeren Abhängigkeiten von internationalen Zahlungsdienstleistern beitragen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen aber auch bestehende Hürden im Zahlungsverkehr beseitigt werden. Dazu zählt insbesondere die Regulierungslücke bei Firmenkarten:

- **Gebühren für Firmenkarten sind nicht gedeckelt:** Die Interbankenentgelt-Verordnung (EU) 2015/751 (IFR) begrenzt die Interbankenentgelte für Verbraucherkarten auf 0,2 % (Debitkarte) bzw. 0,3 % (Kreditkarte). Firmenkarten sind von dieser Regulierung ausdrücklich ausgenommen. Dadurch liegen die Interbankenentgelte für Firmenkarten in Deutschland mit teilweise über 1,8 % rund sechsmal höher als bei Verbraucherkarten.

- **Firmenkarten treiben die Kosten im Zahlungsverkehr nach oben:** Zahlen von EuroCommerce zeigen: Obwohl Firmenkarten nur rund 4 % aller Kartentransaktionen und 8 % des Kartenzahlungsvolumens in Europa ausmachen, generieren sie schätzungsweise knapp 30 % der Interbankenentgelterlöse. Für europäische Handelsunternehmen entstehen durch Firmenkarten jährliche Mehrkosten von mindestens 4 Mrd. Euro.

- **Steigende Kosten schwächen Wettbewerbsfähigkeit und europäische Souveränität:** Die Regulierungslücke schafft Fehlanreize für Kartensysteme und die kartenausgebenden Banken, den Einsatz von Firmenkarten auszuweiten. Dadurch steigen die Zahlungskosten, während zusätzliche Wertschöpfung aus Europa abfließt. Das schwächt die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und verstärkt die Abhängigkeit von nicht-europäischen Zahlungsinfrastrukturen. In der Konsequenz steigen auch die Preise für Verbraucher. Besonders betroffen sind Branchen mit hohem B2B-Anteil wie Großhandel und Hotellerie.

- **Die Europäische Kommission erkennt bestehende Gebührenpraktiken internationaler Kartensysteme bereits als Wettbewerbsproblem:** Die laufenden Verfahren zu unregulierten „Scheme Fees" zeigen, dass steigende Kosten im Kartenzahlungsverkehr als Wettbewerbsproblem erkannt werden. Im Sinne eines starken Binnenmarktes darf es jedoch nicht bei dieser Teillösung bleiben. Auch die deutlich höheren Kosten von Firmenkarten sollten wettbewerbsrechtlich überprüft werden.

- **Die geplante Akzeptanzpflicht digitaler Zahlungslösungen erhöht den Handlungsdruck:** Die Bundesregierung plant im Rahmen des Eckpunktepapiers zur Stärkung digitaler Zahlungsmöglichkeiten eine Pflicht zur Annahme mindestens eines digitalen Zahlungsmittels. Werden Akzeptanzpflichten ausgeweitet, ohne gleichzeitig hohe Gebühren für Firmenkarten zu adressieren, drohen zusätzliche Kostenbelastungen für Unternehmen ohne wirksame Ausweichmöglichkeiten.

- **Die Regulierungslücke trifft Großhändler besonders hart:** Als Großhändler mit einem großen Anteil an Geschäftskunden ist METRO von den hohen Gebühren für Firmenkarten besonders betroffen. Die rasant zunehmende Verbreitung von Firmenkarten führt zu einer Kostenexplosion. In Deutschland hat sich das Firmenkartenvolumen bei METRO zwischen 2021 und 2025 mehr als verdoppelt – während sich die Firmenkartenkosten fast verdreifacht haben. Vergleichbare Entwicklungen sehen wir auch in anderen europäischen Ländern. Gerade im Großhandel belastet dieser Kostenanstieg die ohnehin geringen Margen spürbar.

Firmenkarten sind kein Nischenprodukt

- **Firmenkarten sind kein Nischenprodukt mehr:** Die Europäische Kommission begründete die Ausnahme von Firmenkarten im Jahr 2015 vor allem mit ihrer geringen Marktbedeutung und der Erwartung, dass sie auch künftig ein begrenztes Marktsegment bleiben würden. Diese Annahme entspricht nicht mehr der heutigen Realität. Die Nutzung von Firmenkarten wächst seit Jahren und verursacht inzwischen einen überproportional hohen Anteil der Interbankenentgelte.
- **Die Europäische Kommission hat vor dieser Entwicklung selbst gewarnt:** Bereits in ihrer Evaluierung der Interbankenentgelt-Verordnung aus dem Jahr 2020 stellte die Kommission fest, dass die zunehmende Nutzung von Firmenkarten die mit der Regulierung angestrebten Entlastungen für Händler und Verbraucher untergraben kann. Genau diese Entwicklung ist heute in Europa zu beobachten.

Warum Surcharging keine Option ist

Die Europäische Kommission ging bei der Ausnahme von Firmenkarten davon aus, dass Händler höhere Kosten durch die Ablehnung von Firmenkarten oder durch Gebührenaufschläge ausgleichen können. In der Praxis ist dies jedoch aus vier wesentlichen Gründen nicht umsetzbar:



Firmenkarten sind häufig nicht erkennbar: Die IFR verlangt zwar explizit eine optische und elektronische Unterscheidbarkeit von Verbraucher- und Firmenkarten (Art. 10 Abs. 5). Die Verordnung regelt jedoch nicht hinreichend, wie und zu welchem Zeitpunkt Händler die Kartenart zuverlässig identifizieren sollen. Insbesondere bei Self-Checkout-Lösungen und digitalen Wallets fehlt ein elektronisches Merkmal zur Erkennung von Firmenkarten. Die in der IFR vorausgesetzte Unterscheidbarkeit ist daher in der Praxis nicht gewährleistet.



Surcharging ist komplex und in vielen Mitgliedsstaaten verboten: Die Weitergabe von Gebühren setzt voraus, dass Firmenkarten eindeutig erkannt und gezielt bepreist werden können. Das ist in der Praxis nicht möglich, da die Gebühren je nach Kartentyp erheblich variieren und Händlern zum Zeitpunkt der Zahlung nicht bekannt sind. Darüber hinaus sind Gebührenaufschläge in 16 der 27 EU-Mitgliedstaaten vollständig verboten.



Die Ablehnung von Firmenkarten ist keine realistische Option: Für Unternehmen mit einem hohen Anteil an Geschäftskunden wäre die Ablehnung von Firmenkarten mit erheblichen Umsatzverlusten verbunden. Im Großhandel gehören Firmenkarten zum Zahlungsalltag vieler Geschäftskunden. Eine Nichtakzeptanz birgt das Risiko, Kunden zu verlieren, und ist daher wirtschaftlich keine realistische Option.



Die Weitergabe der Kosten würde den Inflationsdruck verstärken: Steigende Energie-, Personal- und Mietkosten belasten aktuell unsere HoReCa-Kernkundengruppe. Zusätzliche Firmenkartengebühren würden diesen Druck weiter erhöhen. Eine Weitergabe der Kosten entlang der Wertschöpfungskette würde letztlich zu höheren Verbraucherpreisen beitragen.

METRO - Forderungen

Der digitale Euro und andere europäische Zahlungslösungen können Wettbewerb, europäische Zahlungssouveränität und Unabhängigkeit im Zahlungsverkehr stärken. METRO unterstützt diese Initiativen daher ausdrücklich. **Der Blick auf neue Zahlungslösungen darf jedoch nicht dazu führen, die Augen vor bestehenden Problemen im Zahlungsverkehr zu verschließen.**

Als Großhändler spürt METRO die Folgen der Regulierungslücke bei Firmenkarten unmittelbar. Was ursprünglich als Ausnahme für ein ‚Nischenprodukt' gedacht war, ist heute zu einem Fass ohne Boden geworden: Die Nutzung von Firmenkarten nimmt rasant zu, die Kosten steigen deutlich und zehren die ohnehin geringen Margen im Großhandel zunehmend auf.

Mit der von der Bundesregierung geplanten Akzeptanzpflicht für digitale Zahlungsmittel wächst der Handlungsdruck zusätzlich. Wer digitale Zahlungen stärken will, muss zugleich für faire und planbare Gebühren sorgen. Deshalb ist es höchste Zeit, die Regulierungslücke bei Firmenkarten zu schließen und die kartellrechtliche Prüfung weiterer Kostentreiber im Kartenzahlungsverkehr auf europäischer Ebene voranzutreiben.

METRO fordert daher:

Streichung der Ausnahme für Firmenkarten: Die Bundesregierung sollte sich auf EU-Ebene für die Streichung der Ausnahmeregelung für Firmenkarten in Artikel 1.3 (a) der IFR einsetzen.

Firmenkarten in den Fokus der Wettbewerbsaufsicht rücken: Die Bundesregierung sollte sich gegenüber der Europäischen Kommission dafür einsetzen, neben „Scheme Fees" auch die deutlich höheren Gebühren für Firmenkarten und weitere unregulierte Kostentreiber im Kartenzahlungsverkehr zu untersuchen.

Faire Gebühren zur Voraussetzung von Akzeptanzpflichten machen: Wer Unternehmen zur Akzeptanz digitaler Zahlungsmittel verpflichtet, muss gleichzeitig für niedrige, transparente und planbare Gebühren sorgen.

Kontakt



Julia Thielicke
Head of Public Policy
Germany
julia.thielicke@metro.de



Dominik Staus
Expert Public Policy
Germany
dominik.staus@metro.de